

Wirtschaftsblockade der Vereinten Nationen

# Wegen Busreisen nach Serbien vor den Kadi

Landgericht Mannheim verhandelt von heute an gegen badische Reiseunternehmer - 17-Prozestage angesetzt.

Von unserem Redaktionsmitglied  
ürg. Iüller

Macht sich ein Unternehmer schon dann strafbar, wenn er lediglich Busfahrten nach Serbien oder in das serbisch besetzte Bosnien organisiert? - Mit dieser bundesweit wohl erstmals zu klärenden Frage wird sich das Landgericht Mannheim von heute an auseinandersetzen. Wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz müssen sich dort an zunächst 17 eingeplanten Verhandlungstagen die beiden Inhaber eines bedeutenden badischen Busunternehmens sowie drei ihrer Fahrer verantworten. Bei einer Verurteilung drohen Freiheitsstrafen zwischen zwei und 15 Jahren.

Für die Staatsanwaltschaft Mannheim scheint der Fall klar: Die von dem Unternehmen zwischen Juni 1992 und April 1993 organisierten 74 Fahrten auf den Balkan verstießen gegen geltende Bestimmungen des deutschen Außenwirtschaftsrechtes. Und was orientiert sich an den Vorgaben des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Durchsetzung

der Wirtschaftsblockade gegen Serbien. Dabei ist es in den Augen der Ermittler unerheblich, daß ein Teil der Touren nur bis zur serbischen Grenze führte. Dort stiegen die Fahrgäste nämlich auf bereits wartende Busse um, die sie unter anderem nach Belgrad brachten.

In Zeitschriften gewarnt  
Die Staatsanwaltschaft ist davon überzeugt, daß sich die beiden Unternehmer auch über die Unrechtmäßigkeit ihres „Balkan-Express“ im klaren waren: Bei Durchsuchungen fanden sie beispielsweise auf dem Schreibtisch eines der beiden Inhaber eine Fachzeitschrift, in der auf die Strafbarkeit solcher Busfahrten hingewiesen wurde. Außerdem entdeckten sie einen Vertrag mit einem Belgrader Geschäftspartner. Ziel dieser Vereinbarung war es nach ihrem Wortlaut, die aufgrund der UN-Sanktionen entstandenen Probleme für Busfahrten zu lösen. Die Verteidigung bestreitet nicht, daß die Fahrten mit Ziel Bosnien/Serbien tatsächlich stattgefunden haben. Für den Ludwigsha-

fener Rechtsanwalt Rüdiger Weidhaas steht aber fest, daß die reine Personenbeförderung keineswegs von den UNO- und EG-Beschlüssen erfaßt wird und damit auch nach deutschem Recht nicht strafbar sein kann. So untersagen die UN-Resolutionen lediglich den Waren-, Kapital- und Finanzverkehr sowie Flugreisen. „Ein Verbot der Beförderung von Personen im Landverkehr enthalten die UN-Resolutionen eindeutig nicht“, betont der Jurist.

Fehlannonce, so Weidhaas, auch im EG-Recht. Dort sei von „nicht finanziellen Dienstleistungen für die Zwecke von Geschäftsvorgängen“ die Rede. Damit könnten die reinen Busfahrten der beiden badischen Unternehmer aber nicht gemeint sein. Und unstrittig sei auch, daß bei der Umsetzung von EG-Recht in deutsche Vorschriften „keine wunderbare Normenmehrung“ eintreten dürfe. Die Bestimmungen des deutschen Außenwirtschaftsrechtes dürften also nicht zu einer Ausweitung der EG-Vorschriften führen. Um das alles zu beweisen will Weidhaas schweres Geschütz auf-

fahren. Die Mannheimer Richter sollen den Europäischen Gerichtshof anrufen. Außerdem sollen sie eine behördliche Auskunft des Bonner Außenministeriums sowie eine Stellungnahme jener Kommission einholen, die vom UN-Sicherheitsrat zur Überwachung des Embargos eingesetzt wurde. Notfalls könne das Gericht auch den Vorsitzenden der Kommission, seine Exzellenz Ronaldo Mota Sardenberg, laden. Anschrift: UNO, New York. Schließlich beantragt er noch ein Gutachten des Heidelberger Max-Planck-Instituts für Internationales und Völkerrecht.

## Auch Bahnen fahren

Daß er mit seinem Standpunkt nicht allein steht, belegt Weidhaas mit dem Hinweis auf die Praxis in anderen EG-Ländern. So würden griechische Busunternehmen ähnliche Fahrten unternehmen. Und die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat kürzlich ein Ermittlungsverfahren gegen die Deutsche Bahn AG eingestellt, bei dem es ebenfalls um die Personenbeförderung in das Embargogebiet gegangen sei.